

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
Bundesministerin
Frau Ulla Schmidt
Wilhelmstraße 55
10117 Berlin

74 03 2. Februar 2006

Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung (AVWG)

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt lehnt den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung entschieden ab und hat auf ihrer Vertreterversammlung am 1. Februar 2006 die beiliegende Resolution beschlossen, welche wir Ihnen hiermit zur Kenntnis geben.

Mit freundlichen Grüßen

Wenger

Anlage

Resolution

der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung (AVWG)

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt lehnt den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung (AVWG) entschieden ab, weil

- die verpflichtende Malus-Bonus-Regelung bei der Versorgung der Patienten mit Arzneimitteln zu einer weiteren Verunsicherung der Ärzte durch die Androhung von Strafzahlungen für verordnete Arzneimittel führt,
- die Arzt-Patienten-Beziehung belastet wird und der Arzt in ein ethisches Dilemma gestürzt wird,
- die Bürokratie und die finanzielle Belastung in den Arztpraxen noch weiter zunehmen werden und
- die Regelungen des Gesetzentwurfes der in der Koalitionsvereinbarung geforderten Stärkung der Vertragsärzte bei der Arzneimittelverordnung entgegen läuft.

Die Vertreterversammlung der KVSA fordert den Gesetzgeber auf, das Gesetz nicht zu beschließen.

Die Vertragsärzte in Sachsen-Anhalt werden bei In-Kraft-Treten des Gesetzes ihre medien- und patientenwirksamen Proteste so lange fortsetzen, bis die Politik akzeptable Lösungen anbietet.

Magdeburg, den 1. Februar 2006